

die Kaufleute sechs Wochen lang schwarz liegen müssen usw. Die Verhängung der Handsteuer anlässlich des Jahreswechsels ist eine Maßnahme, die sich in manchen Kreisen wegen der Nachwirkung auf die Geschäftswelt zu bedauerndem Anlaß gegeben. Der angekündigte Gehaltswort wird namentlich die Frage neu regeln. — Diese wichtige Vorlage ist aus einer in der vorigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Abg. Dr. Helmert und den übrigen Mitgliedern der Fraktion durch Einbringung eines Zusatzantrages gegebene Anregung hervorgegangen.

• Dem Abgeordnetenhause sind die Verhandlungen des Landesparlamentes im Jahre 1902 und die Tunsachen dazu, ferner der Bericht über die Betriebsverhältnisse der preussisch-hessischen Eisenbahnen und die Nachrichten über den Betrieb der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zugegangen.

Parteinachrichten.

• In einer am Sonntag zu Koblenz abgehaltenen Versammlung nationalliberaler Vertrauensmänner des Sitzungsamtes des Reichstages wurde als nationalliberaler Kandidat für den Reichstag aufgestellt. — Wennschilf Scheiderer wird von seinem Vorgesetzten als Generaldirektor der nationalliberalen Partei bei Beginn der Reichstagsarbeiten aus.

• Der Wahl im agrarischen Lager dauert an. In der schließlichen Kreiswahlversammlung des Bundes der Landwirte in Bielefeld wurde der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Dr. v. Hagen, gewählt, während die Wahlversammlung des engeren Bundesverbandes für den Kreis Westfalen im Kampfe um den Posten ihren Dank und ihr Vertrauen ausdrückte. In diesem Antrage bemerkt der Herr v. Hagen, daß er, wenn der Antrag angenommen würde, aus dem Bunde ausscheiden müsse. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wahlkreisverlegung.

• Zum Kruppischen 1000 Mark-Vermächtnis an die Arbeiter hat die „Vorwärt“ die „Vorwärt“ und nach der „Vorwärt“ bestimmt, daß die Beschlüsse keinen Einfluß auf das von ihnen bewohnte „freie“ Häuser überlassen; von den Zinsen würden die erforderlichen Demoskriptionsarbeiten bestreiten; die Transaktionen habe für die Beschlüsse der freien Welt. Zugunsten der „Vorwärt“ wird die „Vorwärt“ als „Vorwärt“ angesehen, daß die Beschlüsse des 1000 Mark-Vermächtnis frei seien. — Diese Verhängung über ist bisher vom „Vorwärt“ nicht geachtet worden.

• Eine gestern in Steinhilber veröffentlichte Erklärung von 15 Arbeitern der Maschinenbau-Fabrik „Wulfen“ stellt fest, daß die in einer Verammlung von Arbeitern des „Wulfen“ in Bredow am 4. d. über das Zustandekommen der kürzlich an den Kaiser abgeordneten Adresse aufgestellten Behauptungen unwahr seien. Die 15 Unterschriften der Adresse seien nur durch die 15 Unterschriften der Erklärung und durch Mitarbeiter gemeldet worden, es habe kein Vertreter oder Meister des „Wulfen“ dabei mitgewirkt. — Die 15 Unterschriften der Adresse hätten ihre Unterschrift freiwillig gegeben, sie seien dazu von Beamten oder Meistern des „Wulfen“ weder gezwungen noch durch Drohungen bestärkt worden. Von den 6516 Arbeitern der Fabrik hätten sich demnach 2869 von vornherein ausgeschlossen, und die in der Verammlung am 6. Januar erschienenen 1000 bis 1200 Arbeiter könnten der ganzen Mehrzahl nach nur zu den Falschen der letzteren gehört haben.

Oer und Flotte.

• In Bremerhaven hat sich nach dem „Prom. Tagebl.“ Leutnant Krause vom 34. Jäger-Regiment, in S. a. a. g. u. n. nach der „Weser Zeitung“ Mittelmeister Capitän vom 5. Chevaux-legers-Regiment erschossen.

Kolonialen.

• Die endgültige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1900 und des Vorjahres ist für 1901 im Reichsanzeiger veröffentlicht worden. Danach weisen Kamerun, das Schutzgebiet der Karolinen, Salomons und Neuguinea und Neukaledonien in Höhe von 134,205 M., 204,147 M., 12,530 M. auf. Dagegen sind Selbstverträge von 1900 405,388 M., Selbstverträge 1,997,672 M., Neuguinea 74,008 M., Samoa 6986 M.

• In der Nähe von Singapur wird, wie der „Straits Times“ von dort vom 12. November geschrieben wird, gegenwärtig eine moderne Selbstverwaltung angelegt, und die Selbstverwaltung gleich an Ort und Stelle in den ausführenden Zustand übergeführt.

Der Gehaltswort über die kaufmännischen Schiedsgerichte.

• Dem Bundesrat ging folgender Gehaltswort betr. Kaufmannsgerichte“ nachfolgend zu:

Erster Abschnitt.

Errichtung und Zusammenfassung der Kaufmannsgerichte.

§ 1. Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienst- und Lehrverhältnis sind für Gemeinden, welche nach der jeweiligen letzten Volkszählung mehr als 20,000 Einwohner haben, Kaufmannsgerichte zu errichten.

Bei vorhandenem Bedürfnis können solche Gerichte auch für Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl errichtet werden.

Die Errichtung erfolgt für den Bezirk einer Gemeinde durch Beschluß nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung. Die Errichtung der höheren Verwaltungsbehörde über die Ernennung des Staats ist binnen sechs Monaten zu erteilen. Die Errichtung, durch welche die Genehmigung verlangt wird, muß mit Gründen versehen sein.

Mehrere Gemeinden können sich durch übereinstimmende Beschlüsse zur Errichtung eines gemeinsamen Kaufmannsgerichts für ihre Bezirke vereinigen. Die Errichtung der gemeinsamen Beschlüsse ist der höheren Verwaltungsbehörde unabhängig, in deren Bezirk das Kaufmannsgericht seinen Sitz haben soll.

Auch für den Bezirk eines weiteren Kommunalverbandes kann ein Kaufmannsgericht errichtet werden. Die Errichtung erfolgt in diesem Falle nach Maßgabe der Vorschriften, nach welchen Angelegenheiten des Bundesbeschlusses festgestellt werden. Die Zuständigkeit eines solchen Gerichts ist ausgeschlossen, soweit die Zuständigkeit eines für eine oder mehrere Gemeinden des Bezirkes bestehenden oder später errichteten Kaufmannsgerichts besteht.

Die Landeszentralbehörde hat im Falle des Abs. 1 die Errichtung anzuordnen und kann für ein Amt befähigter Kaufmannsgerichte oder Handlungsgeschäfte auch in anderen Fällen anordnen, wenn angebracht einer von ihr an die beteiligten Gemeinden oder den weiteren Kommunalverband ergangenen Aufforderung innerhalb der gesetzlich festgesetzten Frist die Errichtung auf dem Abs. 3 bis 5 vorgesehene Wege nicht erfolgt ist. Alle Bestimmungen, welche dieses Gesetz dem Statute vorbehalten, sind

folgen in diesem Falle durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde.

Vor der Errichtung sind sowohl selbständige Kaufleute als Handlungsgeschäfte des Bezirkes in entsprechender Anzahl zu hören.

Die Landes-Zentralbehörde kann die örtliche Zuständigkeit eines auf ihre Anordnung gemäß Abs. 1 errichteten Kaufmannsgerichts ausdehnen. Die beteiligten Ortsbehörden sind zuvor zu hören.

§ 2. Auf Handlungsgeschäften, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 2000 M. übersteigt, sowie auf die in Anhang des Gesetzes enthaltenen Verhältnisse sind die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

§ 3. Die Kaufmannsgerichte sind für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und Handlungsgeschäften zuständig. Die Streitigkeiten zwischen selbständigen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgeschäften und Handlungsgeschäften andererseits, wenn die Streitigkeiten betreffen: 1. den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Handels- oder Lehrverhältnisses; 2. die Leistungen aus dem Handels- oder Lehrverhältnisse; 3. die Rückgabe von Eascheritten, Bauschiffen, Legitimationsdokumenten oder anderen Gegenständen, welche aus Anlaß des Handels- oder Lehrverhältnisses übergeben worden sind; 4. die Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, welche die unter Abs. 1 bis 3 bezeichneten Gegenstände betreffen, sowie wegen geschäftlicher oder sonstiger Entlohnungen in Bezug auf den Kaufmannsgerichtlichen und Anrechnung der von den Handlungsgeschäften oder Handlungsgeschäften zu leistenden Provisionen, sowie des Kaufmannsgerichtlichen und des Kaufmannsgerichtlichen Streitigkeiten über Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgeschäfte oder Handlungsgeschäfte in seiner gewerblichen Tätigkeit befreit wird, gehören nicht zur Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte.

§ 4. Die Zuständigkeit eines Kaufmannsgerichts wird die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen. Schiedsverträge, durch welche die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für künftige Streitigkeiten ausgeschlossen wird, sind nur dann rechtswirksam, wenn nach dem Schiedsvertrage bei der Errichtung von Streitigkeiten selbständige Kaufleute und Handlungsgeschäfte in gleicher Zahl und gleicher Weise benannt werden, wobei weder selbständige Kaufmannsgerichte oder Handlungsgeschäfte sind.

§ 5. Die Zusammenfassung des Gerichts nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes ist durch das Statut zu regeln.

§ 6. Die Kosten der Errichtung und der Unterhaltung des Kaufmannsgerichts, soweit sie in dessen Statuten nicht bestimmt sind, werden von der Gemeinde oder von dem weiteren Kommunalverbande zu tragen.

Soll das Gericht nicht ausschließlich für eine Gemeinde oder einen weiteren Kommunalverband zuständig sein, so ist bei Festlegung der Zuständigkeit zugleich zu bestimmen, zu welchen Anteilen die einzelnen Bezirke an der Deckung der Kosten teilnehmen.

Gebühren, Kosten und Entlohn, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes zur Hebung gelangen, bilden Einnahmen des Gerichts.

§ 7. Für jedes Kaufmannsgericht sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter zu bestellen, sowie die erforderliche Zahl von Beisitzern zu bestimmen. Die Zahl der Beisitzer soll mindestens der betragene. Die Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung finden auf die Mitglieder der Kaufmannsgerichte entsprechende Anwendung.

Bei Kaufmannsgerichten, welche aus mehreren Abteilungen (Kammern) bestehen, können mehrere Vorsitzende bestellt werden. Die Wahl eines Stabs des Kaufmannsgerichts, ein auf Grund des § 1 oder Gewerbeordnung dieses Gesetzes errichtetes Gewerbegericht, so sind in der Regel dessen Vorsitzender und seine Stellvertreter zugleich zum Vorsitzenden und zu stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts zu bestellen, und gemeinsame Einrichtungen für die Gerichtsverwaltung, den Bureau-Betrieb, die Sitzung- und Bureau-Ansichtlichkeiten und dergl. zu treffen.

§ 8. Der Vorsitzende, sowie dessen Stellvertreter dürfen weder selbständige Kaufleute noch Handlungsgeschäfte oder Handlungsgeschäfte sein. Sie werden durch den Magistrat und, wenn ein solcher nicht vorhanden ist oder das Statut dies bestimmt, durch die Gemeindevertretung, in weiteren Kommunalverbanden durch die Vertretung des Verbandes auf mindestens ein Jahr gewählt.

Die Wahl bedarf der Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörden, in deren Bezirk das Kaufmannsgericht seinen Sitz hat. Die Bestimmung findet auf Staats- oder Gemeindefunktionäre, welche für Amt oder sonstiger Ernennung oder Bestimmung notwendig sind, Anwendung, in deren Angelegenheiten eine Ernennung bedarf es ferner nicht, wenn im Falle des § 7 Absatz 3 der Vorsitzende des Gewerbegerichts oder sein Stellvertreter zum Vorsitzenden oder zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts gewählt werden.

§ 9. Die Richter müssen zur Hälfte aus selbständigen Kaufleuten und mindestens einem Handlungsgeschäfte oder Handlungsgeschäfte regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Teilen des Jahres bestellbar sein, zur Hälfte aus den Handlungsgeschäften entnommen werden.

Die externen Beisitzer werden mittels Wahl der im Absatz 1 bezeichneten selbständigen Kaufleute, die letzteren mittels Wahl der Handlungsgeschäfte bestellt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim.

Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.

§ 10. Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und in dem Bezirke des Kaufmannsgerichts wohnt oder beschäftigt ist. Personen, welche zum Tute eines Schenkens unfähig sind (§. 8, §§ 1, 2), sind nicht wahlberechtigt.

§ 11. Den selbständigen Kaufleuten im Sinne dieses Gesetzes stehen gleich die Mitglieder des Vorstandes eines Arbeitervereins, welche der eingetragenen Gewerkschaft oder einer als Arbeiterverein geltenden zünftigen Verein sowie die Geschäftsführer einer Gewerkschaft mit beschränkter Haftung.

§ 12. Im Übrigen finden auf die Wahlen die Vorschriften des § 15, § 17 Abs. 1, § 18 des Gewerbeordnungsgesetzes entsprechende Anwendung. Genies sind die Vorschriften des § 19, 20, § 21 Abs. 1, § 22-25, 28 des Gewerbeordnungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

Auf den Handlungsgeschäften entnommene Beisitzer, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mit nach der Wahl den Betrag von 2000 M. übersteigt, bleiben bis zur nächsten Wahl im Amte.

Zweiter Abschnitt.

§ 13. Verfahren. Auf das Verfahren vor den Kaufmannsgerichten finden die Vorschriften der §§ 20 bis 61 des Gewerbeordnungsgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 14. Gutachten und Urteile der Kaufmannsgerichte, des Kaufmannsgerichts in verhandelten Fällen und des Staatsanwalter oder des Vorstandes des Kommunalverbandes, für welchen es errichtet ist, sind in den Beschlüssen abzugeben, welche das kaufmännische Dienst- oder Lehrverhältnis betreffen. Das Kaufmannsgericht ist berechtigt, in den bezeichneten Fragen Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an gelegentlichen Körpern der Bundesstaaten oder des Reiches zu stellen.

auf selbständigen Kaufleuten (§ 11) und Handlungsgeschäften zusammengefaßt sein. Das Nähere bestimmt das Statut.

§ 15. Verfahren vor dem Gemeindefunktionäre. In ein selbständiges Kaufmannsgericht nicht vorhanden, so kann der Streitigkeiten der im § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Art jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Richter der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher usw.) nachsuchen. Die Beschlüsse der Richter der Gemeinde, in deren Bezirk die Streitige Beschäftigung ist oder dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zu erfüllen ist oder sich die Handels- oder Lehrverhältnisse des Kaufmanns befindet oder beide Parteien ihren Wohnort haben. Die Vorschriften des § 76 Absatz 2, 3, §§ 77 bis 80 des Gewerbeordnungsgesetzes finden sinngemäß Anwendung.

Schlusssatzungen.

§ 16. Streitigkeiten, welche abhängig geworden sind, ferner ein für die zuständigen Kaufmannsgericht befand, werden von dem bis dahin zuständig gewesenem Behörden erledigt.

§ 17. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1903 in Kraft.

Ausland.

Die Wirren in Marokko.

Privatnachrichten, die spanischen Blättern aus Tanger zugegangen sind, stellen die Lage des Sultanats wieder als sehr gefährlich dar. Nach einem Telegramm der „Woz. Ztg.“ sind die Konstantin in bezug auf Tanger, die Stadt zu verlassen. Der deutsche Konsulresident zwischen Tanger und Tanger ist eingekerkert worden. Der Sultan werde sich lange mehr halten können. Er ist an der Spitze seiner Truppen aus Tanger angezogen und habe an der zehntägigen Aufstellung genommen. In Tanger sind bereits Gerüchte verbreitet, daß er wiederum gefangen worden sei. Muley Waf, der Onkel des Sultans, ist in Tanger eingetroffen, um Geld und Hilfe zu erbitten. In den spanischen Blättern der arabischen Welt ist zu lesen, daß die spanische Konsul in Rabat müde, um sein Leben zu retten, fliehen.

Der Berichterstatter des Madrider „Imperial“ telegraphiert noch des näheren: Eisher ist noch Nachrichten aus Tanger, daß die dortige Lage wiederum ernst geworden ist, daß Muley Waf an Arbeit an Betreiben des Reichsministers als Gefangener behandelt wird, wenn er auch nicht tatsächlich eingekerkert ist; ferner, daß Du Hamora in der Nähe von Tanger, aber ohne die Erlaubnis zu verlassen, daß der Sultan 1000 Mann entsandte und gleichzeitig Muley Waf nach der algerischen Grenze schickte, um mit Hilfe der dortigen Kabylen Du Hamora in den Händen zu fassen.

Zum venezolanischen Konflikt.

Eine Konferenz in Washington, an der auch der amerikanische Gesandte in Venezuela, Bowen, in der Eigenschaft als Vertrauensmann Castro teilnehmen wird, geht der Bevölkerung an das Haager Schiedsgericht vorher. Vielleicht wird gar nach Eröffnung der Konferenz eine Verweisung des Streitfalls an das Haager Schiedsgericht überflüssig, worauf man sich hoffentlich abstimmen werden. Der „Wag. Ztg.“ wird mitteilt, daß am 10. Januar folgendes aus Berlin telegraphiert: Die letzte Antwort Castros befiel, daß er jetzt zum Einleiten geneigt ist. Inzwischen haben die wichtigsten Punkte, die nach der Forderung der Mächte im voraus bestellt werden müssen, betreffende Erklärungen noch aus. In Washington treten namentlich die Vertreter der Mächte zusammen, um festzustellen, was in dem an zu erledigen ist und welche Forderungen dann noch zur Ueberweisung an das Haager Schiedsgericht übrig bleiben. Es könnte sein, daß in diesen Vorberathungen die ganze Angelegenheit abgetan wird, so daß überhaupt die Verweisung an das Haager Schiedsgericht überflüssig wird.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Halle.

Montag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Am Vorabend der Herren Geh. Regierungsrat Professor Dr. Dittender, Kommerzienrat Steiner, Maurermeister Silberbrandt und Baumeister Wogack. Eingegangen ist eine Einladung des Gauverordneten General-Vorstandes v. Britzow u. Gaffron zur Parade, die Kaiserliche Geburtstag mittags 1/2 Uhr in der Marktschule auf dem Gelände stattfinden soll. Eine Resolution in der Marktschule wird durch die Stadtverordneten der Stadtverwaltung ausgesetzt, wonach der Herr Vorsteher Mitteilung macht. Ferner liegt eine Petition des kommunalen Vereins Halle-N. O. vor, die elektrische Beleuchtung der Döblichstraße bis zur Landwehrstraße fortzuführen.

1. Ueber die Wahl der Kommissionen referiert Herr St. Döblich, daß eine Reuektion der Kommissionen im allgemeinen bezichtigt man und fällt statt dessen zur vorbandene Väter, wie sie A. B. durch die Wahl des Herrn St. Ober zum Stadtrat entstehen sind, aus. In das Gas- und Wasserwerks-Kuratorium wird durch Teilnahme als Ersatz für Herrn Ober Herr St. Döblich mit 29 gegen 19 Stimmen gewählt, die Herr St. Döblich mit 29 gegen 19 Stimmen gewählt, die Herr St. Döblich mit 29 gegen 19 Stimmen gewählt. In die Petitionskommission tritt an Stelle des Herrn St. Döblich, der seinen Abschied erklärt hat, Herr St. Gieselein. In die Petitionskommission wird als Ersatz für Herrn Ober Herr St. Döblich gewählt, er bekommt 42 Stimmen, während Herr St. Döblich nur 9 auf sich vereint. In die Petitionskommission tritt Herr St. Döblich ein; Herr St. Kübler erhält nur 11 Stimmen.

2. Ueber die neue Gewerbeordnung referiert Herr St. Döblich, die wesentlichen Bestimmungen sind folgende:

§ 2. Die Verwaltung der Gemeindegewerbeunternehmer geschieht unter Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach dem Geze vom 24. Juni 1891 geltenden Grundätze und unter Zugrundelegung der in demselben festgestellten Steuerätze mit der Maßgabe, daß die in den §§ 9 und 14 des genannten Gesetzes festgestellten Steuerätze unter Erhöhung um 20 v. m. durch die Gewerbeunternehmer zu zahlen sind, und um 20 v. m. Hundert für die Gewerbeunternehmer der Klasse II der Gewerbebesteuerung zu Grunde gelegt werden.

§ 4. Für die im hiesigen Gemeindebezirk belegenen Betriebe, in denen mehr als 50 Personen beschäftigt sind, werden die in hiesigen vier Steuerklassen die Steuerätze

a) um vom Hundert bei einer Zahl von 21 bis 100 Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts,

b) um weitere 3 v. m. Hundert für jede weitere angefangene Zahl von 50 Personen.

Zu den genannten Personen zählen Schiffer, Gesellen, Lehrlinge, Fabrik- und andere Handarbeiter, sowie Betriebsbeamte, Beamten und mit höheren technischen Dienststellungen betraute Arbeiter, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt. Hierbei muß es keinen Unterschied, ob diese Personen, ohne hiesigen Wohnort zu haben, in hiesigen Betrieben beschäftigt werden, oder unter Wechselhaltung ihres hiesigen Wohnortes von hiesigen Betriebsunternehmern in hiesigen Betrieben beschäftigt werden übertragen erhalten.

